

Rostock wagt mehr Demokratie

Die Hansestadt will ihre Einwohner stärker in Entscheidungen zu großen Vorhaben einbeziehen. Statt gegen Projekte zu demonstrieren, sollen die Bürger sich einbringen können - mit Ideen, mit Kritik und Erfahrungen.



Fast 40 Teilnehmer diskutierten angeregt, wie Bürgerbeteiligung in Rostock künftig organisiert werden soll.
 Quelle: Andreas Meyer

Rostock. Die Menschen wollen mitreden. Mehr denn je. Mühlendamm-Schleuse, Groß Biestow, Bebauung in der Südstadt – nahezu alle großen Vorhaben in der Hansestadt werden von Bürgerinitiativen begleitet. Und spätestens seit den gewalttätigen Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ ist auch Politik und Verwaltung in Rostock klar, dass diese Bewegungen ernst genommen werden sollten und müssen. Gemeinsam mit den Bürgern entwickelt Rostock deshalb einen Leitfaden für die Bürgerbeteiligung der Zukunft.

Diskussion seit einem Jahr

Und dieser Schritt ist offenbar nötig: Fast 40 Menschen sind am Sonnabend zum Bürgerdialog in das Haus der Musik gekommen. Und viele von ihnen treibt vor allem ein Punkt zum Mitmachen an: „Wir brauchen eine Veränderung in der demokratischen Kultur“, sagt beispielsweise Ulf Gausmann aus der KTV. Allzu oft fühlt auch sich von den Politikern und Entscheidern im Rathaus nicht ernst genommen: „Da wird über unsere Köpfe hinweg entschieden. Die Politik streitet sich, es geht ums Taktieren – anstatt vernünftig miteinander zu reden.“ Dass sich „die Oberen“ nun öffnen, die Bürger mehr mitreden soll: „Das ist nötig.“ Nein, schlechte Erfahrungen mit der Politik in Rostock hat Steffi Apelt aus der Südstadt noch nicht gemacht. „Aber es kann nur gut sein für uns alle, wenn die Bürger stärker einbezogen

werden. So entstehen neue Ideen, neue Sichtweisen. Das ist für alle Seiten eine Bereicherung.“ Und Sascha Hofmann meint: „Rostock wächst, es wird sich viel verändern. Die Möglichkeit, diesen Prozess mitzugestalten, wird Akzeptanz schaffen.“

Rathaus will neue Impulse bekommen

Genau darum geht es auch der Stadtverwaltung: „Die Frage, wie wir Bürger stärken einbeziehen, ist neben der Digitalisierung die große Herausforderung der Zukunft für die Verwaltung“, sagt Vize-Oberbürgermeister Chris Müller-von Wrycz Rekowski (SPD). Bereits seit August wird über einen Leitfaden für Bürgerbeteiligung diskutiert, nun wird es konkret: Bei welchen Vorhaben werden Bürger einbezogen – und auf welche Art und Weise? Wie fließen Hinweise, Kritik, Ideen in Planungen ein? Wie werden Vorhaben rechtzeitig zur Diskussion gestellt? Und – der entscheidende Punkt: Wer entscheidet am Ende? „Niemanden ist geholfen, wenn wir Konflikte, Proteste oder gar eine Eskalation wie bei ‚Stuttgart 21‘ haben“, sagt auch Anja Epper aus dem Amt für Stadtplanung. „Wir wollen die Menschen nicht nur mitnehmen, wir wollen von ihren Ideen, ihrem Wissen und ihren Erfahrungen profitieren.“

Andreas Meyer

[LESERBRIEF SCHREIBEN >](#)